

Hans-Wilm Schütte

Taiwan nach der Wahl

Analyse der Parlamentswahl vom 1. Dezember 2001

Am 1. Dezember wurden die Wähler in Taiwan zur Urne gebeten. Es galt, die neue Zusammensetzung des Legislativ-Yuans – des taiwanischen Parlaments – zu bestimmen sowie die Leitung der Kreise und Städte mit Ausnahme der zwei Metropolen Taipei und Kaohsiung. Während die Regionalwahlen nicht sonderlich bedeutsam waren, galt dies für die Parlamentswahl nicht. Ein Faktor verlieh ihr schon im Vorwege, ohne Ansehen der Ergebnisse, historische Bedeutung: Es war die erste Parlamentswahl, nachdem die einst allmächtige Nationale Volkspartei Kuomintang (KMT) bei den Präsidentschaftswahlen im März 2000 die Staatsführung erstmals an einen Oppositionspolitiker, Chen Shui-bian von der Demokratischen Fortschrittspartei DPP, hatte abgeben müssen. Drei Fragen interessierten besonders:

- Noch stellte die KMT die mit Abstand stärkste Fraktion. Würde sie weiter die dominierende politische Kraft bleiben, oder würde sich ihr Niedergang fortsetzen?
- Chen Shui-bian als erster Nicht-KMT-Präsident hatte mit seiner Regierung keine sonderlich glückliche Hand gehabt. Taiwan erlebt derzeit die schlimmste Rezession der Nachkriegszeit mit ständig wachsenden Arbeitslosenzahlen; zuletzt lag die Quote bei 5,3 Prozent. Würden die Wähler die DPP dafür bestrafen oder die Schuld eher bei der allgemeinen weltwirtschaftlichen Situation oder auch bei der KMT sehen, die im Parlament eine eigensinnige Blockadepolitik betrieben hatte?
- Der frühere Präsident Lee Teng-hui (Li Denghui) war in spektakulärer Weise auf die politische Bühne zurückgekehrt und machte sich für die Union für Taiwan-Solidarität (TSU) stark, eine neue Partei, die als Sammelbecken für seine Anhänger dienen sollte und erklärte, sie wolle Präsident Chen bei seiner Pro-Taiwan-Politik gegen das Bündnis aus KMT und den zwei Parteien PFP und NP unterstützen. Diese hatten sich von der KMT abgespalten und gegenüber Beijing im Rücken der Regierung eine Art Schmusekurs verfolgt. Damit drohte der alte Gegensatz zwischen unabhängigkeitsorientierten „Taiwanern“ und wiedervereinigungsorientierten „Festländern“ wieder aufzubrechen. Wie würden die Wähler auf diese Situation reagieren?

Das Verfahren der Abgeordnetenwahl

Die Ergebnisse und bestimmte Aspekte der Wahl zum Legislativ-Yuan können nicht verstanden werden ohne Kenntnis des etwas ungewöhnlichen Wahlverfahrens, bei dem drei Aspekte zu unterscheiden sind:

1. Während in Deutschland pro Wahlkreis lediglich ein Abgeordneter direkt gewählt wird, sind es in Taiwan mehrere (unterschiedlich je nach Größe des Wahlkreises bis über zehn), wobei aber jeder Wähler nur eine Stimme hat. Von den 225 Abgeordneten werden 176 direkt gewählt. Pro Wahlkreis sind dies die Abgeordneten mit den höchsten Stimmanteilen, und zwar eben in der Zahl, die dieser Wahlkreis ins Parlament entsenden kann, unabhängig von einer Mindeststimmzahl. Vereinigen ein oder zwei Kandidaten besonders viele Stimmen auf sich, kann es vorkommen, dass andere Kandidaten mit sehr wenigen Stimmen ebenfalls gewählt werden, z.B. bei fünf Abgeordneten pro Wahlkreis: Kandidat 1: 40%, Kandidat 2: 30%, Kandidat 3: 15%, Kandidat 4: 10%, Kandidat 5: 2%, restliche Kandidaten: 3%. In diesem Falle zieht ein Abgeordneter, nämlich Kandidat 5, mit nur 2% der Stimmen seines Wahlkreises ins Parlament ein. Dies hat zur Folge, dass unabhängige Kandidaten und kleine Parteien relativ gute Chancen haben und dass selbst Kandidaten derselben Partei gegeneinander Wahlkampf führen. In einem Fall gelang es einem wegen Korruption und Mordversuchs zu 20 Jahren Haft Verurteilten, dank des Wahlverfahrens ein Mandat zu erringen.¹ Um möglichst viele Direktmandate zu erzielen, hatte die DPP im Hinblick auf diese Verhältnisse recht erfolgreich versucht, das Stimmverhalten ihrer Anhänger zu steuern, indem sie deren Personalausweisnummern ihren Kandidaten zuordnete und bat, sich bei der Stimmabgabe danach zu richten; z.B. bei fünf DPP-Kandidaten: Endziffern 1 und 2 stimmen für DPP-Kandidat 1, Endziffern 3 und 4 stimmen für DPP-Kandidat 2 usw. So konnte die Gefahr minimiert werden, dass sich nahezu alle DPP-Stimmen auf ein oder zwei Kandidaten konzentrieren, während andere auf hinteren Plätzen hinter Kandidaten anderer Parteien landen.²

2. Die Stimmberechtigten (Mindestalter 20 Jahre) gliedern sich in drei Gruppen: „normale“ Wähler, Ureinwohner und Auslandschinesen. Während die normalen Wähler in ihren Wahlkreisen abstimmen und insgesamt 168 Direktmandate besetzen, stimmen die Ureinwohner separat ab, wobei für sie ganz Taiwan einen Wahlkreis bildet, in dem sie insgesamt 8 Abgeordnete direkt wählen. Weitere acht Abgeordnete werden mit den Stimmen von Auslandschinesen gewählt, und zwar nach den Stimmanteilen der Parteien.

3. Parteien, die mehr als 5% der Stimmen erzielen, teilen 41 Zusatzmandate unter sich auf. Berechnungsgrundlage ist die Zahl der Stimmen, die auf alle Parteien entfallen, die die Fünf-Prozent-Hürde überspringen konnten. Eine Angleichung der Mandatsverteilung an den Stimmanteil

¹TT, 3.12.2001.

²CNAT, nach BBC PF, 1.12.2001.

in Bezug auf die Gesamtstimmen wird dadurch nicht erzielt; eine Partei mit sehr vielen Direktmandaten hat auch nach der Vergabe der Zusatzmandate noch mehr Mandate, als es ihrem Stimmanteil entspricht.³

Das Wahlsystem wird im obigen ersten Punkt von allen Parteien für reformbedürftig gehalten; angestrebt wird ein System nach deutschem Muster mit einer Erststimme für die Direktwahl eines (und nur eines) Wahlkreisvertreter und einer Zweitstimme für eine Partei. Es wird jedoch nicht leicht sein, im Parlament die nötige Dreiviertelmehrheit für eine Verfassungsreform zusammenzubekommen, da viele Abgeordnete vom gegenwärtigen System profitieren.⁴

Die Ergebnisse

In Prozent der gültigen Stimmen und in der Zahl der erzielten Mandate sah das Ergebnis wie folgt aus (Spalte 2: Stimmanteil in Prozent, Spalte 3: „normale“ Direktmandate, Spalte 4: Ureinwohnermandate, Spalte 5: Auslandschinesenmandate, Spalte 6: Zusatzmandate, Spalte 7: Mandate insgesamt, Spalte 8: Veränderung bei den Mandaten insgesamt gegenüber den Wahlen 1998)

	Sp2	Sp3	Sp4	Sp5	Sp6	Sp7	Sp8
DPP	33,4	69	0	3	15	87	+17
KMT	28,7	49	4	2	13	68	-55
PFP	18,5	33	2	2	9	46	+46
TSU	7,8	8	0	1	4	13	+13
NP	2,6	1	0	0	0	1	-10
sonstige	8,7	8	2	0	0	10	-11

Quelle: TH, 2.12.2001.

Berücksichtigt man nur die für Parteikandidaten abgegebenen Stimmen, also nicht die auf Unabhängige entfallenen, so ergaben sich folgende Anteile in Prozent:

DPP	36,6
KMT	31,3
PFP	20,3
TSU	8,5
NP	2,9
andere	0,5

Quelle: www.cec90.gov.tw/htdocs/eE.htm, 1.12.2001.

Der Anteil der Mandate, den die Parteien im Parlament halten, weicht hiervon noch einmal ab. Trotz der Ausgleichsmandate profitierte die DPP von der hohen Zahl ihrer direkt gewählten Abgeordneten und verfügt im Parlament über 38,7% der Sitze, während die TSU mit 5,8% schlechter dasteht, als es ihrem Stimmanteil bei der Wahl entspricht.⁵

Der Ausgang der Wahl überraschte alle Beteiligten. Nicht erwartet und von den Prognosen nicht erfasst worden waren folgende Punkte:

- Die DPP wurde mit Abstand stärkste Partei. Sie selbst hatte maximal mit 87 Sitzen gerechnet, so viel

wie sie erhielt, aber erklärt, sie würde mindestens zwei Sitze mehr erzielen als die KMT. Das stimmt nun zwar, aber von einem Vorsprung von 19 Sitzen hatte niemand auch nur zu träumen gewagt.⁶

- Die KMT hatte zwischen 85 und 93 Sitze erwartet und gehofft, weiterhin die stärkste Fraktion stellen zu können.⁷ Generalsekretär Lin hatte sogar erklärt, er sei zuversichtlich, dass ein Vorsprung von 10 Sitzen vor der DPP herauspringen würde.⁸ Statt dessen erlitt die KMT eine gewaltige Schlappe. Die Zeiten, in denen die KMT das Parlament nahezu nach Belieben beherrschte, sind damit vorbei.
- Sowohl die TSU als auch die PFP erzielten erheblich mehr Sitze, als sie selbst erwartet hatten. Die erst nach den Präsidentschaftswahlen 2000 gegründete PFP war bisher lediglich durch 20 Überläufer aus der KMT im Parlament vertreten, die noch jüngere TSU durch einen Überläufer.
- Die wiedervereinigungsorientierte Neue Partei (NP) wurde fast zur Bedeutungslosigkeit reduziert und ist nur noch mit einem Direktmandat vertreten, das sie auf der dem chinesischen Festland vorgelagerten Insel Quemoy (Kinmen, Jinmen) errang. Mit 2,6% aller Stimmen scheiterte sie an der Fünf-Prozent-Hürde.⁹

Ein weiteres Ergebnis der Wahl überraschte zwar nicht, ist aber das Wichtigste: Keine Partei wird im nächsten Legislativ-Yuan eine absolute Mehrheit haben. Und nicht nur das: Die Regierungspartei DPP verfügt auch mit der TSU, die angetreten war, Präsident Chen zu unterstützen, mit zusammen 100 Mandaten nicht über genügend Abgeordnete, um die Regierungspolitik durchsetzen zu können. Zu den Konsequenzen siehe unten: „Wie geht es weiter?“

Der Wahlkampf und seine Themen

Wahlkämpfe drehen sich in Taiwan traditionell weniger um Themen als vielmehr um Personen. Kandidaten versuchen sich durch medienwirksame Aktionen ins Gespräch zu bringen. Viele sind dabei nicht eben zimperlich. Beleidigungen sind verbreitet, ebenso Handgreiflichkeiten unter den Anhängern verschiedener Kandidaten. Bereits zehn Tage vor dem Wahltermin hatte die Polizei 68 Fälle von gewaltsamen Auseinandersetzungen unter rivalisierenden Anhängergruppen registriert.¹⁰ Sachthemen geraten auf diese Weise meist in den Hintergrund.

Die Emotionen wurden dieses Mal allerdings von einem Sachthema besonders angeheizt: der schlechten Wirtschaftslage. Die Opposition sah natürlich die Regierung als Hauptschuldigen an und organisierte am 10. November Massenproteste von Erwerbslosen sowie KMT- und NP-Anhängern. In Taipei sprach KMT-Chef Lien Chan (Lian Zhan) zu einer zehntausendköpfigen Menge und stellte die Frage, wie es wohl käme, dass nach anderthalb Jahren DPP-Regierung die Börse auf die Hälfte ihres Wertes gefallen sei, die Erwerbslosenzahl aber um 150 Prozent zuge-

⁶TT, 30.11.2001.

⁷TT, 30.11.2001.

⁸TH, 22.11.2001.

⁹TT, 2.12.2001.

¹⁰TH, 21.11.2001.

³CP, 1.12.2001.

⁴CP, 6.12.2001.

⁵www.cec90.gov.tw/htdocs/eN.htm, 1.12.2001.

legt habe.¹¹ Premierminister Chang Chun-hsiung (Zhang Junxiong) wurde von Lien Chan wegen wirtschaftspolitischen Versagens zum Rücktritt aufgefordert.

Der Premier verwies in seiner Entgegnung darauf, dass die DPP viele Reformen umgesetzt habe, die die frühere KMT-Regierung nicht zu Wege gebracht habe. Außerdem werde Taiwans internationale Wettbewerbsfähigkeit heute höher eingestuft als zuvor.¹²

Als wortgewaltigster Widersacher gegen die These der KMT, die Wirtschaftsmisere sei durch die DPP-Regierung verschuldet, hatte sich der frühere KMT-Vorsitzende Lee Teng-hui, der im September aus der Partei ausgestoßen worden war, schon vor Beginn des eigentlichen Wahlkampfes für die neue TSU ins Zeug gelegt: Die KMT habe mit ihrer Blockadehaltung im Parlament die Interessen der Nation verraten. Obendrein habe sie mit den Kommunisten gemeinsame Sache gemacht, indem KMT-Vertreter mehrfach in Beijing politische Gespräche führten.¹³

Die DPP schnitt noch ein anderes Thema an: das riesige, auf undurchsichtige Weise erworbene Parteivermögen der KMT, das auf 2 Mrd. US\$ geschätzt wird. Im Vormonat hatte die Regierung Schritte zur juristischen Aufarbeitung mit dem Ziel eingeleitet, die KMT zur Rückgabe eines Teils ihres Vermögens zu zwingen. Am 19. November organisierte die DPP einen Protestmarsch, der vor das KMT-Hauptquartier führte, wo die Demonstranten verlangten, die KMT müsse alles seit 1945 illegal erworbene Vermögen dem Staat übereignen.¹⁴

Ansonsten standen eher lokale Themen im Vordergrund. Beispielsweise kritisierte der PFP-Vorsitzende James Soong (Song Chuyu) bei einem Auftritt im süd-taiwanischen Kaohsiung (Gaoxiong) die schlechte Qualität des dortigen Trinkwassers. Bürgermeister Frank Hsieh (Xie Changting), gleichzeitig DPP-Vorsitzender, konterte, das Wasserwerk unterstehe der Aufsicht der Provinzregierung, deren Chef einst Soong war, und fragte, wieso dieser denn damals nichts zur Verbesserung der Qualität unternommen habe.¹⁵

Der Kampf für einen sauberen Wahlkampf

Ein Problem bei Wahlkämpfen in Taiwan ist seit langem der Stimmenkauf oder treffender: die Wählerbestechung. Bis heute ist das Unrechtsbewusstsein bei den Akteuren wenig ausgeprägt, und obwohl derlei Praktiken offiziell verfehmt sind, sind sie doch weit verbreitet. Durch den Machtwechsel von der KMT zur DPP wird jedoch hierin ein Wandel spürbar, vor allem dank dem resoluten Justizminister Chen Ting-nan (Chen Dingnan). Während in der Vergangenheit ein in Jahrzehnten KMT-Herrschaft gewachsener Filz Verurteilungen wegen Stimmenkaufs meist verhinderte – bei den letzten Wahlen führten von 132 Anklagen nur 17 zu Verurteilungen –, weht heute ein schärferer Wind in der Justiz.¹⁶

Das Verhalten der Parteien und der Kandidaten hat sich jedoch bislang noch nicht nennenswert geändert. Allenfalls hat die Fantasie beim Kaschieren von Bestechung zugenommen. Ausgerechnet ein DPP-Kandidat war der Erste, gegen den Anklage erhoben wurde, da er bereits vor Beginn der eigentlichen Wahlkampfphase durch Helfer 3.000 Edeltahlstöpfe hatte verteilen lassen; die Aktion deklarierte der Beschuldigte jetzt als Gewinnspiel und erklärte, die Empfänger der Töpfe hätten eben Glück gehabt. Untersuchungen ergaben allerdings, dass es bei dem angeblichen Gewinnspiel keine Nieten gab. Die Staatsanwaltschaft verlangte 26 Monate Haft für den Mann, der bereits jetzt Parlamentarier ist, sowie kürzere Haftstrafen für seine Helfer.¹⁷ Ein KMT-Parlamentarier in Taichung wurde verhört, da sich in seinem und seiner Helfer Besitz etwa 3 Mio. NT\$ fanden, größtenteils als Bargeld, deren Zweck er nicht erklären konnte; einer der Helfer gab zu, dass das Geld zum Stimmenkauf eingesetzt werde.¹⁸ Ein anderer KMT-Kandidat hortete in seinem Büro 10.000 Stifte, mit denen Falschgeld erkannt werden kann; der Wert der Stifte betrug im Einzelhandelsverkauf das Doppelte des höchstzulässigen Wertes für Gratisgaben beim Wahlkampf in Höhe von 30 NT\$ (1 Euro); der Staatsanwalt beantragte 10 Monate Haft. Ein Mitglied der PFP sollte nach Ansicht der Staatsanwaltschaft für dreieinhalb Jahre hinter Gitter: Der Mann hatte potenzielle Wähler in großem Stil zu Bankettes eingeladen.¹⁹ Um Wähler, die ein Geschenk erhalten haben, dazu zu bringen, tatsächlich zugunsten des Gebers zu stimmen, werden sie gern vor einer Strafe im Jenseits gewarnt: Buddha werde das Stimmverhalten registrieren!²⁰

Bis zum 30. November wurden Ermittlungen gegen 3.306 Personen in 3.235 Verdachtsfällen eingeleitet. Schätzungen besagen, dass die KMT-Kandidaten von den 5,2 Mrd. NT\$ (ca. 170 Mio. Euro), die ihnen die Partei für den Wahlkampf zur Verfügung stellte, 2,2 Mrd. in die Wählerbestechung fließen ließen.²¹ KMT-Generalsekretär Lin Fong-cheng (Lin Fengzheng) bestritt freilich jede Verwicklung der Partei in den Stimmenkauf.²²

Eine Umfrage unter 1.128 Stimmberechtigten ergab, dass 24% von ihnen Bargeld angeboten bekommen hatten, 16% Sachwerte und 13% die Teilnahme an einem Ausflug. Unter den Wählern, die mit Bargeld bestochen werden sollten, hatten 50% 1.000 NT\$ (ca. 33 Euro) angeboten bekommen und 32% Beträge von über 1.000 NT\$.²³

Während die Zahl der Bestechungsfälle noch immer hoch ist, hat sich auf Seiten der Bekämpfung doch einiges getan. Unterstützt durch die Aussicht auf üppige Belohnungen, werden mehr Fälle angezeigt als früher. Wer mit beweiskräftigen Anzeigen im Kampf gegen den Stimmenkauf hilft, kann mit einer staatlichen Gratifikation von 5 bis 10 Mio. NT\$ rechnen.²⁴ Entsprechend schoss die Zahl der Anzeigen von 1.200 bei der letzten Wahl auf nunmehr 3.000 in die Höhe. Die Strafen für Stimmenkauf können

¹⁷TH, 23.11.2001.

¹⁸TT, 25.11.2001.

¹⁹TH, 30.11.2001.

²⁰*Straits Times interactive*, 5.12.2001.

²¹TH, 30.11.2001.

²²TT, 20.11.2001.

²³SCMP, 28.11.2001.

²⁴TH, 29.11.2001.

¹¹CNAT, nach BBC PF, 10.11.2001.

¹²Vgl. C.a., 2001/10, Ü 37.

¹³Vgl. C.a., 2001/9, Ü 22.

¹⁴TT, 19.11.2001.

¹⁵TT, nach TH, 6.11.2001.

¹⁶TT, 7.11.2001; *Straits Times interactive*, 5.12.2001.

bis zu 5 Jahre Haft und 6 Mio. NT\$ betragen.²⁵

Auch ansonsten ging es bei dem Wahlkampf mitunter heiß her: Im Rahmen polizeilicher Maßnahmen zur Sicherung eines sauberen Wahlkampfes waren bis zehn Tage vor der Wahl bereits 36 Bandenmitglieder, 82 polizeibekannte Schläger und weitere 2.643 Verdächtige festgenommen worden, wobei die Beamten 105 Waffen sicherstellten.²⁶

Wahlbeteiligung, Prognosen und Wahlverhalten

Die Wahlbeteiligung betrug 66,16% von 15.822.684 Wahlberechtigten. Sie lag damit sehr niedrig und vor allem deutlich unter jenen 82,69%, die bei den Präsidentschaftswahlen im März 2000 zu verzeichnen gewesen waren.²⁷ Zwei Umstände spielten dabei eine Rolle:

Der Wahlkampfstil wirkte abstoßend. In einer Ende Oktober durchgeführten Umfrage erklärten rund 50% der Befragten, der Wahlkampfstil missfalle ihnen und die Kandidaten sprächen nicht genug über Themen.²⁸

Die Zahl der Unentschiedenen war außergewöhnlich hoch, und viele Wähler mochten sich offenbar bis zum Schluss nicht entscheiden, welcher Partei und welchen Kandidaten sie ihr Vertrauen aussprechen konnten. Dies ergibt sich aus den Wahlprognosen. Ende Oktober, also gut einen Monat vor der Wahl, konnte rund die Hälfte der Befragten noch nicht sagen, welche Partei sie wählen werde.²⁹ Vermutlich waren viele Wähler hin- und hergerissen. Einerseits galten ihre überwiegenden Sympathien dem Präsidenten, der hinsichtlich der persönlichen Zustimmung, die er genießt, weit vor den Führern der Oppositionsparteien rangiert.³⁰ Andererseits war nicht von der Hand zu weisen, dass die Wirtschaftslage auch etwas mit der Regierung zu tun hat, die sich vor allem durch ihr ungeschicktes Verhalten beim Baustopp des vierten Atomkraftwerks als wirtschaftspolitisch wenig kompetent erwiesen und die Blockadehaltung der Opposition unnötig provoziert hatte.³¹ Nach wie vor gilt die KMT, wie Umfragen ergaben, in Wirtschaftsfragen als kompetenter denn die DPP.³² Im Zwiespalt zwischen divergierenden Ansichten, was die Wünschbarkeit der einen oder anderen der zwei großen Parteien angeht, entschieden sich offenbar viele Wähler, zu Haus zu bleiben.

Dies erklärt freilich nicht das schlechte Abschneiden der KMT. Keine zehn Tage vor der Wahl hatten die Prognosen noch ein Kopf-an-Kopf-Rennen von DPP und KMT erwarten lassen.³³ Was war geschehen, dass es dann doch anders kam?

Auf die Frage gibt es bislang keine klare Antwort. Einige Aspekte, die eine Rolle spielen, werden im Folgenden behandelt: Das Wahlverhalten nach annähernd stabilen politischen Lagern, wobei es innerhalb dessen, dem die KMT angehört, Verschiebungen zugunsten der PFP gab,

das Thema China versus Taiwan und die Weigerung der KMT, sich an einer Koalitionsregierung zu beteiligen.

Das Wahlverhalten nach Lagern: die Blauen und die Grünen, Nord und Süd

Die KMT hatte mit ihren beiden „Ablegern“, den von ihr abgespaltenen Parteien PFP und NP, ein Wahlbündnis gebildet, das „blaue“ Lager, die „All-Blauen“ (*fanlan*). Das Bündnis funktionierte zwar nicht sonderlich gut in dem Sinne, dass die Parteien, wie es gedacht war, jeweils die aussichtsreichsten Kandidaten ungeachtet ihrer Zugehörigkeit zu einer der drei Parteien gefördert hätten, dennoch steht es für eine gemeinsame Grundhaltung: Alle drei Parteien vertreten die Idee des „einen China“ und streben daher auf längere Sicht (KMT, PFP) oder auf kürzere Sicht (NP) eine Wiedervereinigung mit China an. Alle drei Parteien sind in unterschiedlichem Maße Sammelbecken der „Festländer“, also der vom Festland 1949 nach Taiwan Geflohenen, obwohl ihre Wählerschaft deutlich über diesen Kreis, der nur ungefähr ein Fünftel der Bevölkerung ausmacht, hinausgeht. Sie gelten als „wirtschaftsfreundlich“ und befürworten den Einsatz von Atomkraft, während die DPP diesen ablehnt, eher sozialdemokratische Positionen vertritt und, wie die TSU, Taiwan als eigenständigen Staat gewahrt wissen möchte. DPP und TSU fungierten als das „grüne“ Lager, die „All-Grünen“ (*fanlü*).

Seit die DPP ab 1989 erstmals an Wahlen auf regionaler Ebene teilnahm, lag ihr Stimmenanteil meist bei 30%. Sie konnte also dieses Mal nur wenig zulegen, war allerdings die erfolgreichste Partei, was das Ummünzen von Stimmen in Mandate anging. Auf der anderen Seite erzielte das „blaue“ Lager nahezu 50% der Stimmen. Dies ist mit rund 6 Prozentpunkten nicht sehr viel weniger, als die KMT und die NP in der Vergangenheit, als es noch keine PFP gab, auf sich vereinigen konnten. Trotz der erdrutschartigen Verschiebungen bei den Parteiateilen haben sich die Grenzen zwischen den Lagern daher nur wenig verändert.³⁴

Detaillierte Analysen über Wählerwanderungen, wie sie die deutschen Demoskopieinstitute vorlegen, gab es zwar nicht, dennoch darf man vermuten, dass die geringen Verschiebungen zwischen den Lagern mit dem Auftreten der TSU und vor allem mit Lee Teng-hui zusammenhängen. Lee hatte in seiner Amtszeit stets hohes Ansehen genossen. Als KMT-Vorsitzender hatte er die traditionell festlandsorientierte Partei taiwanisiert und zum Ende seiner Amtszeit hin zunehmend klarer eine Politik des taiwanischen Selbstbewusstseins verfolgt. Mit dem Schlagwort von den „neuen Taiwanern“ hatte er versucht, den vom Festland Stammenden eine neue Identität der Verwurzelung auf der Insel zu geben. Den Anhängern seiner Linie, die in der KMT zwar nicht mehr dominieren, aber noch eine starke Minderheit bilden, bot sich mit der von Lee im Wahlkampf wortmächtig unterstützten TSU eine neue politische Heimat. Es sind Menschen, die von der KMT herkommen, einer Annäherung an die VR China jedoch äußerst skeptisch gegenüberstehen und stattdessen eine

³⁴TT, 15.12.2001.

²⁵CNAT, nach BBC PF, 1.12.2001.

²⁶TH, 21.11.2001.

²⁷TT, 2.12.2001.

²⁸TT, nach TH, 6.11.2001.

²⁹Vgl. C.a., 2001/10, Ü 40.

³⁰Ebenda.

³¹Vgl. C.a., 2001/2, Ü 47.

³²Vgl. C.a., 2001/10, Ü 40.

³³TT, nach TH, 22.11.2001.

Politik des nationalen Selbstbewusstseins und der nationalen – taiwanischen statt chinesischen – Einheit fördern möchten, wie sie ebenfalls die DPP und Präsident Chen vertreten. Als solche Zentrumskraft steht die TSU freilich auch zwischen den Lagern. Mit ihr und durch sie dürfte sich das Wechselpotenzial von Blau nach Grün ziemlich ausgeschöpft haben. Es liegt, wie sich zeigte, bei unter 8 Prozent.

Noch in einer weiteren Hinsicht bestätigte die Wahl im Wesentlichen die überkommenen Muster: Der Norden wählt „blau“, der Süden „grün“. Gegenüber der Präsidentenwahl vom März 2000 gab es in dieser Hinsicht keine signifikanten Veränderungen.³⁵ Allerdings konnte die DPP durchweg etwas zulegen. In neun Kreisen und Städten nördlich des Tatu-Flusses (Dadu Xi) erreichte die DPP bei den gleichzeitig abgehaltenen Regionalwahlen einen Schnitt von 45,14%, in neun Kreisen und Städten südlich des Flusses waren es beeindruckende 59,47%. Damit bestätigt sich, dass die DPP in ihren Hochburgen stärker dominiert als das „blaue“ Lager in seinen.

In vielen Wahlkreisen besonders im Norden ist der Abstand zwischen den Lagern nur gering. Faktoren schwacher Wirksamkeit können sich mit wenigen Prozentpunkten Verschiebung bei den Stimmanteilen daher sehr stark auswirken. Dies bekam dieses Mal die DPP zu spüren, die bei den jetzigen Regionalwahlen trotz insgesamt höheren Wählerzuspruchs drei Kreise an die Opposition verlor.³⁶

Die Wahl und die China-Taiwan-Politik

Ein auffälliges Muster dieser Parlamentswahl war das desolate Abschneiden jener zwei Parteien, die sich während der vergangenen anderthalb Jahre ungeniert befließigten, am Präsidenten und seiner Regierung vorbei Chinapolitik zu betreiben: die KMT und die NP. Vertreter beider Parteien waren mehrfach mit den Mitgliedern der chinesischen Staats- und Parteiführung zusammengetroffen, und Beijing hatte seine neue Strategie gegenüber Taiwan auf eben diese Parteien sowie in geringerem Maße auf die PFP aufgebaut.

Hatte Beijing in den letzten Jahren vor Wahlen in Taiwan stets Furcht erregend mit dem Säbel gerasselt, um so die Wähler zu bewegen, in seinem Sinne abzustimmen, und war damit jedes Mal kläglich gescheitert, wie vor allem die Präsidentenwahlen von 1996 und 2000 zeigten, wollte man es jetzt klüger machen und hatte sich im Vorfeld der Wahl jeglichen Kommentars enthalten. Keinesfalls sollten die wiedervereinigungsorientierten Kräfte, die Präsident Chen zur Übernahme der Ein-China-Doktrin aufforderten, diskreditiert werden. Auch diese Strategie ging nun schief. Die NP, Beijing am nächsten stehend, hat mit ihrem einen verbliebenen Mandat im Parlament nicht mehr Einfluss als jeder Unabhängige; da sie unter der Fünf-Prozent-Grenze blieb, fällt sie aus der Parteienfinanzierung heraus und kann keine Fraktionsrechte mehr beanspruchen. Aber auch der Gesprächspartner KMT musste mächtig Federn lassen. Die chinesische Staatsführung

und offenbar auch die meisten Beijinger Taiwanexperten sind nach wie vor zu einer realistischen Einschätzung der politischen Stimmungslage auf der Insel nicht imstande. Weder mögen sie akzeptieren, was nach dieser Wahl offensichtlich ist: dass die große Mehrheit der Wählerschaft Chinas Alleinvertretungsanspruch ablehnt, noch verstehen sie das Funktionieren einer Demokratie. Auch die KMT und die NP schätzten die Lage offenbar falsch ein, als sie glaubten, mit ihrem die Regierungspolitik unterlaufenden Annäherungskurs Punkte machen zu können. Die Wähler, gegenüber den Anmaßungen von jenseits der Taiwanstraße hoch sensibel, haben beiden Parteien ihr Verhalten übel genommen, wobei die am unverhohlenen chinaorientierte Partei, die NP, die gößere Lektion erteilt bekam.

Zur Schwächung der Wiedervereinigungskräfte hatten im Vorfeld der Wahl drei Ereignisse beigetragen. Zum Ersten hatte China den designierten Stellvertreter Präsident Chens nicht am Treffen der Regierungschefs im Rahmen der Shanghaier APEC-Tagung im Oktober teilnehmen lassen und sich sogar geweigert, ihn einzuladen.³⁷ Zum Zweiten hatte sich Chinas Außenminister Tang Jiaxuan bei einem Besuch in New York dazu hinreißen lassen, Präsident Chen als Lügner zu bezeichnen.³⁸ Auf Grund der Sympathien, die Chen auch außerhalb seiner Wählerschaft als integrier Mann genießt, führte dieser verbale Angriff zu einer Solidarisierung mit dem Präsidenten. Kurz darauf meldete der amerikanische Nachrichtensender CNN, Beijing verfolge eine Strategie, die DPP zu schwächen und die zwei großen Oppositionsparteien (KMT, PFP) zu stärken. Lien Chan, der KMT-Vorsitzende, erklärte sogleich, der Bericht sei frei erfunden, und beschuldigte die DPP, ein entsprechendes Gerücht in die Welt gesetzt zu haben.³⁹ Dafür gab es jedoch kein Indiz, und das durchsichtige Ablenkungsmanöver, die DPP als Missetäter hinzustellen, fiel auf Lien Chan zurück. Da der CNN-Bericht letztlich bloß die Schlüsse aus dem zog, was jeder seit Monaten verfolgen konnte, machten er und die Reaktionen der KMT nurmehr erneut der Öffentlichkeit bewusst, wie weit es mit der Annäherung zwischen KMT und Beijing auf Kosten einer einheitlichen und einstimmigen taiwanischen Chinapolitik schon gediehen war. Da sich allerdings der PFP-Vorsitzende James Soong gegenüber China stets deutlich selbstbewusster geäußert hatte – so auch im Zusammenhang mit der APEC-Affäre –, stand die PFP hinsichtlich ihrer Chinakontakte bei weitem nicht so diskreditiert da wie die KMT. Dass die NP in diesem Zusammenhang nicht erwähnt wurde, ist leicht verständlich: Sie war schon vor der Wahl zu klein und ohnehin nicht in der Lage, der DPP Stimmen abzunehmen, spielte für Beijing daher trotz größter politischer Nähe nur eine nachgeordnete Rolle.

Wie geht es weiter?

Präsident Chen und seine Regierung sind aus dieser Wahl deutlich gestärkt hervorgegangen – aber nicht gestärkt genug. Im Bündnis mit der TSU kann Premierminister

³⁷ Vgl. C.a., 2001/10, Ü 39.

³⁸ CNAT, nach BBC PF, 13.11.2001.

³⁹ CNAT, nach TH, 23.11.2001; TT, 23.11.2001.

³⁵ Vgl. C.a., 2000/3, S.280.

³⁶ TT, 15.12.2001.

Chang im Parlament auf 100 Stimmen zählen, zur Mehrheit fehlen 13. Selbst wenn alle zehn Unabhängigen im Parlament die Regierung stützen sollten, reicht es nicht. Die Situation kommt nicht überraschend, denn niemand hatte erwartet, dass die DPP die absolute Mehrheit würde erringen können. Also ist schon seit längerem von der Bildung einer Koalitionsregierung die Rede. Aber mit wem? Sowohl Lien Chan für die KMT also auch James Soong für die PFP lehnen eine Beteiligung ab.

Am 21. November stellte Chen seine Idee eines „nationalen Stabilitätsbündnisses“ vor, in das die politischen Parteien, die Volksvertreter und einzelne Persönlichkeiten eingebunden werden sollen, um vier Ziele zu erreichen, die er für die Zeit nach der Wahl als seine vier wichtigsten benannte: Reform der Legislative (Halbierung der Zahl der Mandate, Reform des Wahlsystems), Stärkung der nationalen Sicherheit gegenüber der VR China, Ausbau der sozialen Sicherung für Alte und Benachteiligte und Wiederbelebung der Wirtschaft durch Umsetzung der Empfehlungen, die das überparteiliche Wirtschaftsberatungskomitee im August vorgelegt hatte.⁴⁰

Lien Chan und KMT-Parlamentarier wiesen den Vorschlag zurück. Ein solches Bündnis habe in der verfassungsmäßigen Ordnung keinen Platz. Im Übrigen habe Chen schon in der Vergangenheit auf überparteiliche Bündnisse gesetzt und sei damit gescheitert. Auch James Soong erachtete die Idee als „fruchtlos“.⁴¹

In der Tat war Chens „nationales Stabilitätsbündnis“ wenig ausgegoren. Statt erst damit an die Öffentlichkeit zu gehen, hätte er die Voraussetzungen dafür in internen Gesprächen schaffen müssen; zudem ist nicht von der Hand zu weisen, dass es nichts bringt, einen schönen Rahmen vorzuschlagen, wenn einzig reguläre Koalitionsverhandlungen helfen. Chen hätte dies nach den Erfahrungen seiner ersten 18 Amtsmonate wissen müssen, umso mehr, als gerade die KMT noch immer nicht in der Lage ist, mit ihrer Oppositionsrolle klarzukommen, und sich verhält wie eine zurückgesetzte Operndiva. Entsprechend skeptisch urteilte die Öffentlichkeit. Bei einer Telefonumfrage bezweifelten 55,5% der Befragten, dass eine überparteiliche Zusammenarbeit zuwege gebracht werden könne; nur 20,7% äußerten sich zuversichtlich. Auf die Frage, welcher Parteiführer die größte Ernsthaftigkeit in der Frage einer Zusammenarbeit mit anderen Parteien erkennen lasse, lagen Präsident Chen und PFP-Chef Soong mit jeweils 20 Prozent vorn. (Dass der entsprechende Pressebericht Chen Shui-bian als Parteiführer bezeichnet, ist sachlich allerdings nicht korrekt; DPP-Vorsitzender ist Frank Hsieh.)⁴²

Präsident Chens Hoffnung in der gegenwärtigen Situation ist die große Sorge des zweimal – bei den Präsidentschaftswahlen letztes Jahr und nun bei den Parlamentswahlen – gescheiterten Lien Chan: eine Spaltung der KMT oder zumindest ein Abweichen einzelner KMT-Parlamentarier von der Parteilinie. Dass etwas Derartiges geschehen könnte, ist keineswegs unrealistisch. Schon während des Wahlkampfes forderten zwei Kandidaten der KMT die Partei auf, mit der DPP zusammenzuarbeiten „um

Taiwan zu retten“.⁴³ Noch klarer wurde diese Perspektive nach der Wahl, und zwar durch die Initiative Lee Teng-huis, der ein informelles Bündnis ins Leben rief: die „Anwälte Taiwans“ (Taiwan Advocates). Mit dem amtierenden Parlamentspräsident Wang Jin-pyng (Wang Jinping) und dem Expremier Vincent Siew (Xiao Wanchang) waren beim konstituierenden Treffen zwei prominente und angesehene KMT-Mitglieder anwesend, ein klares Indiz für die eminenten Meinungsverschiedenheiten, die in der Frage herrschen, ob die KMT weiterhin die Regierungsarbeit blockieren oder sich im Interesse der Nation an einer DPP-geführten Regierung beteiligen soll.⁴⁴ Weitere KMT-Mitglieder könnten sich von Lee Teng-hui, der in Teilen der KMT nach wie vor Ansehen genießt, überreden lassen, in diesem Bündnis mitzumachen. Dies wiederum könnte einen Sturz des angeschlagenen Lien Chan und eine erneute Spaltung der KMT bedeuten.

Weitere Hilfe für Chen Shui-bian könnte von der PFP kommen. Zwar wiederholte James Soong nach der Wahl, er sei nicht daran interessiert, einem politischen Bündnis (nach Art dessen, das Chen vorgeschlagen hatte) beizutreten, doch die PFP werde helfen die politische Lage zu stabilisieren.⁴⁵ Schon bisher hatte Soong mehr Sinn für Taiwans nationale Interessen erkennen lassen als Lien Chan, der bei der DPP allenthalben stets parteipolitische Taktiererei wittert. Was Soongs Äußerungen konkret bedeuten, bleibt abzuwarten. James Soong selbst wird im Parlament nicht vertreten sein. Er stand auf der Liste der für die Zusatzmandate vorgesehenen an elfter Stelle und damit zu weit hinten.⁴⁶

Bis die Karten auf den Tisch gelegt werden müssen, wird es allerdings noch etwas dauern, da das alte Parlament noch bis Ende Januar im Amt bleibt.

Wie „reif“ ist die Demokratie in Taiwan?

Die Parlamentswahl wurde in Taiwan als Zeichen gewertet, dass die Demokratie auf der Insel an Reife gewonnen hat. In der Tat ist der weitere Macht- und Ansehensverlust, den die KMT hinnehmen musste, ein weiterer Schritt fort von der einstigen Ein-Parteien-Diktatur und der beherrschenden Stellung, die der KMT nach der Zulassung konkurrierender Parteien über mehr als ein Jahrzehnt blieb.

Dass die Wählerschaft über eine hohe politische Urteilsfähigkeit verfügt, zeigte sich in mehreren Punkten:

- Sie hat die KMT dafür abgestraft, dass sie in verletzter Eitelkeit ihre Machtspielchen im Legislativ-Yuan ohne Rücksicht auf Verluste betrieb. Ein typischer Fall war der Hickhack um die Reduzierung der Wochenarbeitszeit, bei der die KMT einen Kompromiss, der Arbeitgeber- wie Arbeitnehmerinteressen gleichermaßen berücksichtigte, torpedierte und eine Lösung durchsetzte, die gegen die ökonomische Logik verstieß.⁴⁷

⁴³TT, 14.11.2001.

⁴⁴TT, 4.12.2001.

⁴⁵CNAT, nach BBC PF, 1.12.2001.

⁴⁶CNAT, nach BBC PF, 2.12.2001.

⁴⁷Vgl. C.a., 2000/6, Ü 50.

⁴⁰Vgl. C.a., 2001/8, Ü 38; TH, 22.11.2001; TT, 23.11.2001.

⁴¹CNAT, nach BBC PF, 22.11.2001.

⁴²CNAT, nach FBIS, 27.11.2001; TH, 26.11.2001.

- Sie hat im Interesse der Handlungsfähigkeit des Staates die Regierungspartei gestärkt und damit einem Mangel der verfassungsmäßigen Ordnung (ungleichzeitige Wahlen von Präsident und Parlament) partiell entgegengewirkt.
- Sie hat KMT und NP dafür abgestraft, dass sie die Regierungspolitik gegenüber China unterliefen.
- Sie hat differenziert gestimmt und bei den Regionalwahlen – ohne dass dies an dieser Stelle näher ausgeführt werden kann – anders gewählt als bei denen zum Legislativ-Yuan.

Dieser positiven Bilanz stehen fortdauernde Mängel gegenüber.

- Nach wie vor ist Wählerbestechung in erschreckendem Maß verbreitet, auch wenn fraglich ist, inwieweit sich die Wähler bei ihrer Stimmabgabe tatsächlich durch Entgegennahme von Kochtöpfen usw. beeinflussen lassen.
- Nach wie vor bewegen sich die Umgangsformen unter den Kandidaten und ihren Anhängern weit gehend im peinlichen bis kriminellen Bereich, so dass Skandale in den Augen der Öffentlichkeit gegenüber Standpunkten und Themen dominieren – die Folge ist, dass die Volksvertreter ein besonders niedriges Ansehen genießen.
- Nach wie vor sind die Hinterlassenschaften der KMT-Ära nicht aufgearbeitet; mit ihrem gewaltigen, aus der Zeit der Diktatur ererbten Vermögen kann die KMT weiterhin in einem Maße Einfluss ausüben (legal und illegal), wie es den anderen Parteien verwehrt ist. Nach wie vor reichen vor allem bei der KMT mafiaähnliche Strukturen bis ins Parlament.
- Die Oppositionsparteien haben Probleme, ihre Rolle zu definieren. Die Weigerung, selbst in essentiellen nationalen Fragen – Beispiel: Chinapolitik – zu einem Konsens mit der Regierung zu kommen, reduziert das schlechte Ansehen, das Parteien und Parlament in der Öffentlichkeit haben, weiter.
- Mit der Bildung einer Koalitionsregierung bestehen keine Erfahrungen. Der Präsident sieht den Staat in konfuzianisch anmutender Weise als Familie an, in der sich bitte sehr alle an den großen Tisch setzen wollen, wenn der Haushaltsvorstand ruft. Zwar hat Präsident Chen Recht, dass Taiwan in seiner misslichen ökonomischen und außenpolitischen Lage einen breiten politischen Konsens braucht, aber es ist keineswegs ein Zeichen von Reife zu meinen, die Bereitschaft zu einem solcher Konsens ließe sich durch öffentliche Appelle erwirken.

Hinzu kommt, dass das System des Parlamentarismus in Taiwan noch nicht die gleiche hohe Akzeptanz besitzt wie im Westen. Selbst in relativ jungen Demokratien Europas wird die demokratische Staatsform von rund drei Vierteln der Bürger unterstützt. In Taiwan liegt der entsprechende Wert mit rund 50 Prozent noch deutlich darunter.⁴⁸ Einen Ausdruck fand diese Haltung in der geringen Wahlbeteiligung. Die hohe Quote bei den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2000 spricht nicht gegen diese

Einschätzung, denn damals ging es um wenige Personen, bei denen nach Sympathie und Vertrauenswürdigkeit abgestimmt werden konnte.

Selbst Taiwans erklärte Demokraten – die politische Führung der DPP – vermögen die Aufgaben des Parlaments nicht klar zu erkennen. Dies zeigt sich an dem Ziel Chen Shui-bians die Zahl der Abgeordneten zu halbieren. Mit nur etwa 114 Parlamentariern aber ist für einen Staat von der Größe Taiwans (22,2 Mio. Einwohner) keine funktionierende Ausschussarbeit möglich, da die Gremien zu klein werden, um jene Expertise bereitzustellen, die nötig ist, um die Regierung zu kontrollieren, Gesetze auszuarbeiten usw.

Das Vorhaben einer Verkleinerung des Parlaments ist umso verwirrender, als die Regierung bei der Weiterentwicklung der Verfassung Dringenderes zu tun hätte. Abgesehen von dem völlig richtigen Ziel, das Verfahren der Wahl zum Legislativ-Yuan zu ändern (siehe oben), müssten beispielsweise die Amtszeiten von Präsident und Regierung mit der Legislaturperiode zusammengelegt werden. Auch die Einführung eines 50-Prozent-Quorums bei der Präsidentschaftswahl – mit der Durchführung einer Stichwahl zwischen den zwei Bestplatzierten, falls das Quorum nicht gleich erreicht wird – wäre im Präsidialsystem des Landes zentral wichtig. Es ist schon ein wenig erschreckend, dass selbst aus der politischen Elite Taiwans kaum Stimmen zu vernehmen sind, die dazu aufrufen, sich der Beseitigung dieser Systemmängel zu widmen.

Will Taiwan gegenüber China längerfristig bestehen, darf die Entwicklung der taiwanischen Demokratie nicht stehen bleiben. Bislang waren fast von Jahr zu Jahr Fortschritte festzustellen. Die Entwicklungen der letzten Zeit geben trotz der Mündigkeit der Wählerschaft noch in einem anderen Punkt Anlass zur Sorge: Die Spaltung der taiwanischen Gesellschaft in festlands- und unabhängigkeitsorientierte scheint wieder zuzunehmen. Lee Teng-hui war an der Spitze der mächtigen KMT einst in der Lage, diese Kluft zu überbrücken. Als Aushängeschild der kleinen TSU kann ihm dies trotz aller erstaunlichen Tatkraft, die er trotz seines Alters weiterhin aufbringt, nicht mehr gelingen; seine Rhetorik war im Gegenteil oft dazu angetan, alte Wunden wieder aufzureißen. Während sich die DPP mit ihrer Chinapolitik zur Mitte bewegte, rückte die KMT nach rechts und belebte so die alten Fronten zwischen „Festländern“ und „Taiwanern“ neu. Dieser mangelnde Grundkonsens, was die Wünschbarkeit eines dauerhaften taiwanischen Staates und die langfristigen Perspektiven der taiwanischen Demokratie angeht, belastet das System zusätzlich. Selbst eine demokratisch gewollte Annäherung an China mit dem Ziel einer eventuellen Wiedervereinigung bedürfte aber eines taiwanischen Grundkonsenses, wenn sich die Entwicklung denn friedlich vollziehen soll. Es ist zu hoffen, dass die Parlamentswahl vom 1. Dezember mit ihrer Schwächung von KMT und NP wenigstens dazu führt, den außer Blick geratenden nationalen Grundkonsens erneut zu stärken.

⁴⁸TT, 4.12.2001.